



ISRAELS APARTHEID GEGEN PALÄSTINENSER*INNEN - EIN GRAUSAMES SYSTEM DER HERRSCHAFT UND EIN VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

Am 1. Februar 2022 wurde der Amnesty International Bericht „*Israels Apartheid gegen die Palästinenser: ein grausames Herrschaftssystem und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit*“ veröffentlicht. Kerninhalt des Berichts ist:

die institutionelle Diskriminierung von Palästinenser*innen in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten sowie von palästinensischen Flüchtlingen im Exil durch Gesetze und Praktiken der israelischen Behörden entspricht der völkerrechtlichen Definition von Apartheid.

Der Begriff „Apartheid“ wurde in Südafrika geprägt. ABER:

- Er ist mittlerweile ein eigenständiger, allgemein gültiger Rechtsbegriff.
- Er umfasst auch andere Regime, die durch eine systematische rassistische (ethnische) Diskriminierung gekennzeichnet sind.
- Das Verbot der Apartheid ist Teil des Völkergewohnheitsrechts.

KENNZEICHEN VON APARTHEID

- 1) **Bestimmte schwere Menschenrechtsverletzungen (unmenschliche Handlungen),**
- 2) **die von einer Gruppe gegen eine andere Gruppe im Rahmen eines Systems der Unterdrückung und Beherrschung begangen werden,**
- 3) **mit der Absicht, dieses System der Unterdrückung und Beherrschung aufrechtzuerhalten.**

Siehe Artikel II der Internationalen Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid vom 30. November 1973 und Artikel 7 (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) des Römischen Statuts zum Internationalen Strafgerichtshof vom 17. Juli 1998



DIE POSITION VON AMNESTY INTERNATIONAL

- Alle vom Nahost-Konflikt betroffenen Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Sicherheit; ihre Familien haben ein Recht darauf, angstfrei leben zu können. Amnesty fordert deshalb alle Konfliktparteien auf, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten und die Menschenrechte zu respektieren.
- Sicherheitsrelevante Maßnahmen müssen im Einklang mit dem internationalen Recht stehen und besonders den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wahren.
- Amnesty kritisiert Gesetze, Verordnungen und deren Umsetzung durch die israelische Regierung und die israelischen Behörden - aber nicht die israelische Bevölkerung, nicht das jüdische Volk und nicht den Staat Israel als jüdischen Staat.
- Amnesty stellt nicht in Frage, dass sich Israel als ein jüdischer Staat definiert, fordert aber die Einhaltung des Gleichheitsgrundsatzes und die Beendigung der systematischen und institutionellen Diskriminierung der Palästinenser*innen.
- Den Vorwurf des Antisemitismus weist Amnesty zurück. Amnesty wendet sich gegen jede Form von Diskriminierung, ob aufgrund von Religion, Staatsangehörigkeit, ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder anderen geschützten Merkmalen. Antisemitismus, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung stehen im Gegensatz zu den Menschenrechten.
- Unterdrückungs- und Herrschaftssysteme sind niemals identisch. Amnesty zieht deshalb auch keinen Vergleich zu der Situation in Südafrika.



Eine Palästinenserin steht auf den Trümmern ihres Hauses im Vorort Beit Hanina von Ostjerusalem, Juli 2018, © REUTERS/Ammar Awad



Eine Palästinenserin begutachtet die Schäden an ihrem Haus, das die israelische Armee am 11. Oktober 2018 in der Ortschaft al-Hadidiya im Jordantal in der besetzten Westbank abgerissen hat. Der Abriss erfolgte mit der Begründung, dass ohne eine von Israel ausgestellte Baugenehmigung gebaut wurde © Active Stills.



Karte: Creative Commons by-nc-nd/4.0 | Bundeszentrale für politische Bildung 2021 | www.bpb.de



DIE FORDERUNGEN VON AMNESTY INTERNATIONAL:

An die israelische Regierung:

- Das System der Apartheid zu beenden und die Maßnahmen zur Ausgrenzung, Unterdrückung und Diskriminierung der Palästinenser*innen aufzuheben.

An die internationale Gemeinschaft:

- Druck auf die israelische Regierung auszuüben, um das System der Apartheid zu beenden.
- Gezielte Sanktionen gegen Verantwortliche.
- Verhängung eines umfassenden Waffenembargos.
- Einführung und Durchsetzung eines Verbots von Produkten aus den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen.
- Anwendung der universellen Gerichtsbarkeit, um diejenigen vor Gericht zu bringen, die Verbrechen der Apartheid begangen haben.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN



Amnesty-Bericht über systematische Menschenrechtsverletzungen an Palästinenser*innen, 01.02.2022



AI: Israels Apartheid gegen die Palästinenser*innen, deutsche Zusammenfassung des englischen Berichts vom 01.02.2022



AI: Fragen und Antworten zum Bericht *Israel's Apartheid against Palestinians*, 15.02.2022



AI: Apartheid gegen die Palästinenser*innen und Forderungen von Amnesty International, 01.02.2022, aktualisiert am 17.05.2022

WAS SIE TUN KÖNNEN

- Machen Sie bei einer Amnesty-Gruppe mit.
- Lesen Sie unsere Informationen auf amnesty-israel-palaestina.de oder amnesty.de/.
- Unterstützen Sie die Menschenrechtsarbeit von Amnesty International mit einer Spende.
- Unterschreiben Sie unsere [Petition gegen Hauszerstörungen](#)

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
 Koordinationsgruppe Israel/Besetzte Gebiete/Palästina
 Roonstraße 71, 50674 Köln
 T: +49 221 121415 F: +49 2221 121563
 E: info@amnesty-israel-palaestina.de W: amnesty-israel-palaestina.de/
 SPENDENKONTO: Bank für Sozialwirtschaft
 IBAN: DE 233 702 0500 0008 0901 00, BIC: BFS WDE 33 XXX (2415)

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

